

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Brähmig, Jürgen Klimke, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Annette Faße, Brunhilde Irber, Renate Gradistanac, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/5958 –**

Messen und Geschäftsreisen als Chance für den Tourismusstandort Deutschland

A. Problem

Der Antrag macht deutlich, dass Messen und Geschäftsreisen von enormer ökonomischer Bedeutung für den Wirtschafts- und Tourismusstandort Deutschland sind. Bei mehr als 1 850 000 Veranstaltungen mit 88 Millionen Teilnehmern werden insgesamt 54,4 Mrd. Euro umgesetzt. Jeder dritte Arbeitsplatz der deutschen Tourismuswirtschaft ist direkt oder indirekt vom Tagungs- und Kongressreiseverkehr abhängig. Nach der Geschäftsreiseanalyse 2006 des Verbandes Deutsches ReiseManagement e. V. (VDR) beträgt die Anzahl der Geschäftsreisen im Inland und ins benachbarte Ausland mehr als 150 Millionen. Die Tourismuswirtschaft profitiert von den Geschäftsreisenden, die außerhalb der Hauptreisezeiten und unter der Woche dafür sorgen, dass Hotels und Gaststätten ausgelastet sind. Messen und Kongresse in Deutschland werden oft von ausländischen Tagungsteilnehmern mit privaten Reisen in Deutschland verbunden, wobei diese mit 146 Euro pro Tag durchschnittlich so viel Geld ausgeben wie reine Urlaubsgäste.

Die Bundesregierung soll insbesondere im Rahmen der Bemühungen um Bürokratieabbau die Statistik-, Nachweis-, Dokumentations- und Buchführungspflichten prüfen, denen Unternehmen bei Geschäftsreisen unterliegen. Außerdem soll die Auslandswerbung der Deutschen Zentrale für Tourismus stärker als bisher auf Geschäftsreisende ausgerichtet werden und die Bearbeitung von Visumanträgen für Aussteller und Geschäftsreisende noch effizienter vorgenommen werden. Die Beschriftung der Verkehrszeichen und Hinweistafeln soll zumindest an großen Messestandorten mehrsprachig gestaltet werden. Die Deutsche Bahn AG und andere Verkehrsanbieter sollten ihre Verkehrsmittel und Bahnhöfe soweit wie möglich barrierefrei und für Menschen mit Behinderung leicht zugänglich machen. Schließlich sei beim Ausbau der Verkehrswege darauf zu achten, dass Umsteigezeiten möglichst gering gehalten werden.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/5958 anzunehmen.

Berlin, den 12. März 2008

Der Ausschuss für Tourismus

Marlene Mortler
Vorsitzende

Jürgen Klimke
Berichtersteller

Brunhilde Irber
Berichterstellerin

Ernst Burgbacher
Berichtersteller

Dr. Ilja Seifert
Berichtersteller

Bettina Herlitzius
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Jürgen Klimke, Brunhilde Irber, Ernst Burgbacher, Dr. Ilja Seifert und Bettina Herlitzius

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 118. Sitzung am 11. Oktober 2007 den Antrag auf **Drucksache 16/5958** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat in seiner 62. Sitzung am 5. März 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 86. Sitzung am 5. März 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 57. Sitzung am 5. März 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 57. Sitzung am 5. März 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 52. Sitzung am 24. Oktober 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 16/5958 in seiner 53. Sitzung am 12. März 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Annahme des Antrags zu empfehlen.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD** hoben hervor, dass der Antrag das Ziel verfolge, die Rahmenbedingungen für Messe- und Kongressbesucher sowie für Geschäftsreisende positiv zu gestalten und eine effiziente

Durchführung von Geschäftsreisen mit einer gut funktionierenden Infrastruktur zu ermöglichen. Voraussetzung für einen solchen reibungslosen Ablauf sei wie gefordert die bessere Verzahnung von Verkehrswegen und Verkehrsträgern sowie die mehrsprachige Beschilderung an möglichst vielen Messestandorten. Von großer Bedeutung sei zudem die Ausbildung und Qualifizierung des Nachwuchses auf dem Gebiet des Geschäftsreisemanagements, um den speziellen Anforderungen dieses Tourismussegments besser Rechnung tragen zu können. Eine fundierte Ausbildung und Förderung – auch was die Fremdsprachenkenntnisse angehe – sei in der globalisierten Welt mit ihren vielfältigen Anforderungen immer wichtiger.

Bei allem Verständnis für die notwendigen Sicherheitsbelange müsse alles daran gesetzt werden, künftig Visumanträge von Geschäftsreisenden effektiver und weniger bürokratisch zu bearbeiten. Schließlich sei es für den Wirtschaftsstandort Deutschland positiv, wenn die Geschäftsreisenden ohne bürokratische Hindernisse nach Deutschland einreisen könnten.

Die **Fraktion der FDP** kritisierte, dass der Bericht im Wesentlichen unverbindliche Bitten und Anregungen enthalte, aber keine greifbaren und durchsetzbaren Forderungen. Namentlich sei der Prüfauftrag, inwieweit die Bearbeitung von Visumanträgen noch effizienter gestaltet werden könne, zwar gut gemeint, aber letztlich wirkungslos. Zudem gehe der Antrag nicht auf einen Bereich ein, der für viele Geschäftsreisende und Messebesucher von großer Bedeutung sei, nämlich die überzogenen Sicherheitsmaßnahmen an Flughäfen, was die Mitnahme von Flüssigkeiten im Handgepäck betreffe. Da Geschäftsreisende oft nur mit Handgepäck reisten, stelle gerade diese Maßnahme für sie ein besonderes Ärgernis dar. Zwar seien an den Flughäfen die geeigneten und notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, doch diese dürften Geschäfts- sowie Urlaubsreisenden nicht ihre Mobilität nehmen oder sie unverhältnismäßig einschränken. Da der Antrag zwar nutzlos, aber ansonsten unschädlich sei, werde sich die Fraktion der FDP der Stimme enthalten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, es sei zwar erfreulich, dass der Antrag den Aspekt der Barrierefreiheit erwähne, unzureichenderweise aber nur als Hinweis an Bund, Länder und Kommunen, bei baulichen Einrichtungen auf Barrierefreiheit zu achten. Richtig wäre es gewesen, den Deutschen Bundestag aufzufordern, die Pflicht zur Barrierefreiheit für alle Neubauten verbindlich im Bundesbaugesetz zu verankern.

Völlig unverständlich sei, dass der Antrag die negativen Umweltaspekte des Reisens gänzlich ausblende. Demgegenüber würde innerhalb des Verbandes Deutsches Reise-management lebhaft über Klimaschutzproblematik und CO₂-Kompensation diskutiert. Der Antrag hätte auf den Zwiespalt zwischen Förderung des Tourismus auf der einen Seite und Erhalt der Umwelt auf der anderen Seite eingehen müssen. Wegen der vorgenannten Aspekte sei der Antrag daher insgesamt abzulehnen.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** verwies darauf, dass der Geschäftsreiseverkehr einen erheblichen Anteil am Verkehrsaufkommen überhaupt habe. Negativ sei daher, dass in dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU und SPD Umwelt- und Klimaschutzaspekte keine Rolle spielten. Dies sei umso bedauerlicher, als gerade im Geschäftsreiseverkehr relativ ignorant mit Umweltzielen umgegangen werde, während im Privatreiseverkehr das Bewusstsein für Natur und Landschaft mehr ausgeprägt sei, weil Naturlandschaften für Urlaubsreisende oft selbst das Urlaubsziel seien.

Der Antrag unterscheide nicht zwischen Messe- und Kongresstourismus. Während sich Messtourismus eher in den Metropolen abspiele, fänden Kongresse und Konferenzen meist in ländlichen Regionen statt. Landhotels seien mit dem öffentlichen Personennahverkehr aber meist gar nicht zu erreichen. Daher gelte es von Seiten der Tourismuspolitik, darauf hinzuwirken, dass der ländliche Raum besser an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden werde.

Berlin, den 12. März 2008

Jürgen Klimke
Berichterstatter

Brunhilde Irber
Berichterstatterin

Ernst Burgbacher
Berichterstatter

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatter

Bettina Herlitzius
Berichterstatterin

